



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

17. Jg. Nr. 5
31. Oktober 2011

Editorial

Partnerschaftlich

In den letzten 200 Jahren ist eine breite Frauenbewegung entstanden. Es geht den Frauen um den Aufbau einer Gesellschaft, in der Mann und Frau gleichberechtigt zusammenleben und -arbeiten, in gemeinsamer Verantwortung für die Zukunft einer menschlicheren Welt. Die Kirche lebt in der Welt und mit der Zeit. Sie darf und kann an dieser Bewegung nicht vorbeigehen. Auch wenn seit der Gemeinsamen Synode schon manch guter Schritt getan wurde, bleibt die Aufgabe, dass die Frau in der Kirche noch deutlicher und gerechter in die Verantwortung einbezogen wird, die allen Christen für das kirchliche Leben aufgetragen ist.

Die Kirche soll Modell für das gleichwertige und partnerschaftliche Zusammenleben und -wirken von Männern und Frauen sein. Es muss aber noch viel getan werden, damit die partnerschaftliche Mitverantwortung der Frau überall gefördert und angenommen wird. In diesem Zusammenhang muss ein besonderes Problem angesprochen werden. Jede Veränderung im Selbstverständnis der Frauen berührt das Selbstverständnis der Männer. Es ist ein Irrtum zu meinen, es ginge nur um die Probleme der Frauen bzw. um ein Mehr an Mitverantwortung und Mitwirkung der Frauen. Es geht um die gemeinsame, partnerschaftliche Verantwortung und Mitwirkung von Frauen und Männern in der Kirche.

Und jetzt ist es Zeit für ein Geständnis: Alle bisherigen Sätze sind Zitate aus dem Wort der Deutschen Bischöfe "Zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft" vom 21. September 1981, das jetzt 30 Jahre alt ist. Es ist ein herausragendes, heute noch lesenswertes Wort. Vieles in diesem Text war zukunftsweisend. Vieles ist aber noch immer nicht eingelöst. [Stefan Vesper](#)

Inhalt

Weltdistanz und Weltengagement _____ 2

Für ein Überdenken des gegenwärtigen staatskirchenrechtlichen Arrangements und einen "dritten Weg"

[Daniel Bogner](#)

Gerechtigkeit im Klimawandel _____ 5

Von der Utopie zur Wirklichkeit?

[Bernd Bornhorst](#)

ZuMUTungen _____ 7

Das Konzil und die kirchliche Glaubwürdigkeitskrise

[Hans-Joachim Sander](#)

Die spirituelle Dimension von Raum _ 9

[Hilde Léon](#)

Für mehr Vertrauen und Verantwortung in Europa _____ 11

Die Eurokrise als Chance nutzen

[Hans Reckers](#)

Weltdistanz und Weltengagement

Für ein Überdenken des gegenwärtigen staatskirchenrechtlichen Arrangements und einen "dritten Weg"

Nicht zuletzt durch die Rede des Papstes in Freiburg ist das Staatskirchenrecht in Deutschland in der Diskussion. Die Kirche sollte ihre Verteidigungsreflexe ablegen und sich offensiv an der Debatte beteiligen.

Die Freiburger Rede des Papstes hatte es in sich: Bei vielen der Anwesenden löste sie Ratlosigkeit aus. Man fragt sich, wie genau die Forderung nach einer "Entweltlichung" der Kirche zu verstehen sei und was gemeint sei mit der Warnung, nicht in "Konvention und Gewohnheiten" zu erstarren. Kommt in den Überlegungen des Papstes eine generelle Missbilligung der typisch deutschen Ausprägung katholischer Kirchlichkeit zum Ausdruck? Müssen sich die vielen engagierten Hauptamtlichen mangelnde Redlichkeit und taktisches Verhalten zur Erschleichung institutioneller Vorteile vorwerfen?

Man kann die Rede anders lesen, vielleicht muss man es sogar; die verwendeten Schlüsselbegriffe legen es nahe, vor allem aber das überraschende Urteil des Papstes, historische Säkularisierungsprozesse sollten als Chance und Hilfestellung für die Kirche aufgenommen werden. Die sukzessive Entflechtung politischer und religiöser Sphären als einen Segen für die Religion zu verbuchen, zeugt vom Interesse, das Religiöse solle sich kraft seiner eigenen Botschaft und nicht mittels der sozialen und politischen Allianzen, die es auch immer wieder eingeht, als überzeugend erweisen. Der Fokus der Ausführungen liegt damit auf der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Sozialgestalt der Kirche in Übereinstimmung liegt mit ihrem Auftrag, ihrer Botschaft. Jenseits von Abwehrreflexen ist der Kirche deshalb eine Relecture ihrer sozialen Existenz aufgegeben.

Relecture des staatskirchenrechtlichen Systems

Damit ist auch die Frage nach dem Modus staatlich-kirchlicher Beziehungen aufgerufen, als Rahmenordnung, durch welche das institutionelle Wirken im Einzelnen überhaupt erst ermöglicht wird. Mit anderen Worten: Es

geht um das instituierende Prinzip, nicht schon um die Institution selbst. Das staatskirchenrechtliche System – in Form der aus der Weimarer Verfassung in das Grundgesetz inkorporierten Kirchenartikel (Art. 136-141 WRV) – bildet den formalen Rahmen für die Sozialgestalt der Kirche. Rechtliche Regelungen, zumal solche, die den Niedergang und die Neugründung von Staatlichkeit überdauern haben, sind tendenziell beharrungsstark und veränderungsresistent. Wenn sich an ihnen aber zu einem guten Teil die Glaubwürdigkeit der Kirche entscheidet, darf die Diskussion über die Plausibilität und gegebenenfalls die Modifizierungspflicht solcher Regelungen nicht den Juristen allein überlassen bleiben.

Eine solche Relecture muss nicht im Stil des Bildersturms daherkommen. Das Recht gibt selbst schon die entscheidenden Hinweise für eine an den Kriterien von Redlichkeit und Glaubwürdigkeit orientierten Weiterentwicklung des bisherigen Arrangements. Die entscheidende Frage lautet: Was taugt als regulatives Prinzip für das Verhältnis von Kirche und Staat? Allein das Argument der historischen Tradition und der Vorteil pragmatischer Opportunität scheiden aus. In Frage kommt nur, was sowohl aus theologisch-kirchlichem Selbstverständnis wie aus einer politisch-ethischen Sicht heraus überzeugend und damit nachhaltig wirksam ist: Das als Grund- und Menschenrecht positivierte Prinzip der religiösen Freiheit, das im Grundgesetz als Artikel 4 verankerte Recht auf Religionsfreiheit, das auch die Kirche mit ihrer Konzilserklärung "Dignitatis humanae" anerkennt und theologisch würdigt, geben einen solchen Grund ab.

Spannungen

Dass sich Spannungen auftun zwischen dem Altbestand des deutschen Staatskirchenrechts und den grundsätzlichen Perspektiven des Anspruchs auf Religionsfreiheit, liegt auf der Hand. Bei weitem nicht alle institutionellen Spielräume, die den deutschen Kirchen zukommen, gehören in den unmittelbaren Schutzbereich der Religionsfreiheit; es handelt sich um Gewachsenes, um Ererbtes, hier und da natürlich auch um Privilegien, aber nicht immer um grundrechtliche Ansprüche.

Kirche Staat

Die Auslegungspraxis des Rechts auf Religionsfreiheit formuliert ihrerseits das inhaltliche Kriterium, an dem die staatlich-politische Gewährung dieses Rechts Maß nehmen soll: Es ist das Selbstverständnis des Grundrechtsträgers, also der Gläubigen und der religiösen Gemeinschaften, welches für die Auslegung des Schutzbereichs ausschlaggebend sein muss. Wo eine Religionsgemeinschaft nicht mehr anschaulich machen kann, was die ihr wichtigen Felder religiösen Handelns sind, wird sie in einer Situation zunehmender religiöser Pluralität nicht mehr so leicht wie bisher reklamieren können, dass ihre Praxis rechtlichen Schutz verdient. Es ergibt sich eine Verpflichtung für die Religionsgemeinschaften: Sie tragen ihrerseits eine Verantwortung für eine angemessene Auslegung des Rechts auf Religionsfreiheit und sie befinden sich in einem ganz und gar legitimen Wettbewerb aller religiöser Gruppen, die im Raum des Grundgesetzes den Schutz religiöser Freiheit beanspruchen. Was zählt, ist die als Kern der eigenen religiösen Identität glaubhaft gemachte eigene Praxis.

Bewertung

Vor diesem Hintergrund lässt sich ein sachlich begründeter Versuch unternehmen, das gegenwärtige staatskirchenrechtliche Modell zu bewerten. Leitend dabei ist die Vermutung, dass damit die Artikulation des kirchlichen Selbstverständnisses eher behindert und gehemmt wird, als dass es dieser Artikulation hilft und sie befördert. Dazu drei Thesen:

1. Der Staat hat mehr von der gegenwärtigen Regelung als die Kirchen. Mit dem System, das die beiden Großkirchen mit dem Nähe-Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts ausstattet, werden zwar besondere Privilegien vergeben. Dies wird begründet mit der besonderen Wichtigkeit, welche den Kirchen als lang bewährte Partner des Staates in der Förderung des Gemeinwohls zukommen. Das sieht nun eher so aus, als ob der Staat den Religionsgemeinschaften entgegenkäme. Durch das Entgegenkommen findet aber auch eine "Zähmung" der Religion statt. Der Staat gibt den Religionsgemeinschaften einen Platz, er weist ihnen einen Ort innerhalb seines Ordnungsrahmens und mittels seiner rechtlichen Instrumentarien zu. Das, was er dadurch erhält, ist

immaterieller Natur, aber gesellschaftspolitisch von höchstem Wert: Es ist die Errichtung eines Gegenübers der nach den Kategorien liberaler Staatlichkeit tendenziell undurchschaubaren, ja gefährlichen Größe "Religion".

2. Warum haben die Kirchen im Gegenzug und langfristig nicht so viel davon? Weil ein solches System dazu tendiert, einen organisatorischen Status quo zu stabilisieren und damit eine kreative Evolution der Kirchen tendenziell verhindert. Der Staat strebt danach, "offizielle" Gesprächspartner der Kirchen zu identifizieren. Das führt zu einer Präferenz der amtlichen, aber auch einfach der historisch gewachsenen Strukturen. An vielen der Stellen, wo vermeintlich der Eigenbereich der Religionsgemeinschaften geschützt wird, ist die Wirkung strukturkonservativ. Es gleicht einer Käseglocke: Eine bestimmte, zu einem historischen Moment stimmige Zuordnung von Staat und Kirche wird auf Dauer gestellt, aber damit wird die gerade für die Lebensfähigkeit und den Ausdruck des Religiösen so notwendige Frischluftzufuhr verhindert.
3. Es wird häufig mit einer falschen Alternative operiert: Das typisch deutsche Kooperationsverhältnis steht dann gegen ein feindlich-laizistisches im französischen Sinne. Was hingegen nicht als Modell zur Sprache kommt, ist ein dritter Weg, nämlich ein wohlwollendes Gegenüber von Staat und Religionsgemeinschaften bei gleichzeitig größerer Distanz. Man muss das Kind nicht mit dem Bade ausschütten: Aus den vorangegangenen Überlegungen resultiert keine Pflicht, etwa das Ende der kirchlichen Präsenz im Bildungs- und Sozialsektor zu fordern – im Gegenteil. Wohl aber lassen sich daraus Konsequenzen formulieren hinsichtlich der Selbstorganisation der Kirche und ihr Verhältnis zum Staat. An einigen Feldern scheint dies besonders augenfällig zu werden.

Die Kirche sollte nicht mehr so defensiv wie bisher über die Kritik an den staatlichen Dotationen reagieren, sondern die Frage nach deren Legitimität von sich aus stellen und kritisch diskutieren. Allein der Verweis auf eine komplexe Rechtslage und den an sich richtigen Grundsatz, dass Rechtsanspruch zunächst einmal Rechtsanspruch bleibt (Ansgar Hense, HK 64, 11/2010), greifen aufs Ganze gesehen zu kurz. Denn wie überzeugend ist das Argument, es handele sich um Ausgleichszahlungen für Ent-

eignungsverluste, die ins 18. Jahrhundert zurückgehen, in der Gegenwart noch? Will man denn ein Kirchenmodell der vornapoleonischen Epoche wirklich noch als Bewertungsmaßstab für heute heranziehen? Auch in theologischen Fragen oder in gemeindepraktischen Belangen leistet man sich keine solchen Anachronismen. Die Kirchen sollten von sich aus auf ein formales Ende dieser Ansprüche drängen und sich in der Frage nach deren Ablösung von einer pastoral motivierten Einschätzung über ihren realen Platz in der Gesellschaft heute leiten lassen, anstatt vom formalen Grundsatz, immer noch in Rechtsidentität mit dem Enteignungssubjekt von damals zu sein. Eine Frage der Glaubwürdigkeit und des Zeugnisses? Ich meine ja.

Bei zwei weiteren Aspekten, die den staatskirchenrechtlichen Status der Kirche in Deutschland bestimmen, ist eine Bewertung weitaus komplizierter. Aus dem Interesse an einer stärkeren Glaubwürdigkeit wäre es aber wohl sinnvoll, über ein eigenverantwortetes Beitragssystem nachzudenken, das auf realer Mitgliedschaft beruht, anstatt die Mitnahmeeffekte eines Systems zu nutzen, das die Kirchen im institutionellen Windschatten der staatlichen Steuereinzugspraxis positioniert hat. "Sorgt für euch selbst" – das rufen einem Außenstehende und Kirchenferne zu. Und recht haben sie, denkt man als Innenstehender – weshalb gibt es nicht aus dem Innenraum der Kirche dazu Überlegungen und Initiativen? So ist man doch nur Getriebener der oft feindselig gestimmten Anwürfe von außen. Zumindest, das müsste man fordern, sollte die praktische Sinnhaftigkeit des bestehenden Systems aktiv kommuniziert werden – für Kirchenmitglieder wie für Kirchenferne. Gleiches gilt auch für den Status der "Körperschaft des Öffentlichen Rechts", den die Kirche rechtlich genießt. Auch dafür lassen sich einige praktische Vorzüge nennen, von denen nicht nur die Kirchen, sondern auch Staat und Gesellschaft profitieren. Aber man sollte als Religionsgemeinschaft immer darauf bedacht sein, dass durch eine solche staatliche Gewährung nicht die eigene Handlungsfreiheit eingeschränkt wird – etwa weil man aus einem Gestus der Dankbarkeit heraus an neuralgischen Punkten nicht mehr gänzlich unabhängig zu reden wagt.

Verteidigungsreflex überwinden

Es scheint für die deutsche Kirche ein Paradox: Wie das Kaninchen vor der Schlange hat man die Angst, von kirchenfeindlicher Seite würde einem das Wasser abgegraben. Darauf wird aber häufig nicht klug und mutig reagiert, sondern im Verteidigungsreflex, der alles Hergebrachte tout court für schützenswert erklärt. Ob Kirchensteuer oder Religionsunterricht, Rechtsstatus oder kirchliches Sozialengagement, Dotationen oder Medienpräsenz – alles wird als gleichermaßen wertvoll betrachtet. Blickt man mit einer gewissen Distanz auf das Wirken und den Anspruch der Kirche, ihre soziale Verankerung in der Gesellschaft und den sozialen Wandel, dem Religion und Glaube ausgesetzt sind, dann wird man es für legitim und notwendig halten, über eine Anpassung des staatskirchenrechtlichen Rahmens nachzudenken.

Einem Missverständnis ist vorzubeugen: Über die Kriterien "wohlwollend" oder "laizistisch-feindselig" wird wohl kaum im staatskirchenrechtlichen Arrangement, sondern in der mentalen Großwetterlage einer Gesellschaft entschieden. Deshalb muss auch eine stärkere formale Distanz zwischen Staat und Kirche nicht als Ausdruck einer gegenseitigen Entfremdung oder als Verleugnung von Religiosität als Teil der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger gewertet werden.

Weltdistanz und Weltengagement bedingen sich. Wer wollte eine weltfremde Sekte, die sich in ihrer Enthobenheit gefällt und nur herablassend mit der Wirklichkeit umgeht? Aber sobald die Kirche in den rasant sich wandelnden sozialen und weltanschaulichen Bedingungen der Gegenwart ein Stück mehr auf sich selbst gestellt ist als bisher, wird sie umso deutlicher auch die Notwendigkeit sehen, ihr Selbstverständnis zu artikulieren; und damit kann sie sich dann auch wieder an den Staat wenden und legitimerweise dessen Schutz einfordern.

| Dr. Daniel Bogner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster

Gerechtigkeit im Klimawandel

Von der Utopie zur Wirklichkeit?

Auf der bevorstehenden Klimakonferenz in Durban / Südafrika müssen wegweisende Entscheidungen zur Zukunft des Kyoto-Protokolls, den internationalen Klimaschutzziele und der finanziellen Unterstützung für Entwicklungsländer getroffen werden, wenn der drohende Klimawandel noch aufgehalten werden kann. Auch Misereor engagiert sich in diesen Verhandlungen. Warum und wie?

Seit Beginn der Industrialisierung ist die globale Temperatur durchschnittlich bereits um 0,8 °C angestiegen und wird sich durch die schon in der Atmosphäre befindlichen Treibhausgase um weitere 0,8 % erhöhen. Ein Ende der Treibhausgasemissionen aus Industrie, Verkehr oder Entwaldung ist noch lange nicht in Sicht. Während der sich abzeichnende Klimawandel und dessen Folgen für uns in Deutschland bisher nur eine vage Zukunftsprojektion darstellt, ist er für Millionen armer Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika bereits bittere Realität! Dabei war und ist es gerade unser Lebensstil, der den Klimawandel vorangetrieben hat.

Klimawandel trifft zuerst die Ärmsten

Zum besseren Verständnis dieser Zusammenhänge und zur Formulierung der daraus abzuleitenden Konsequenzen für Nord und Süd hat Misereor das Projekt "Klimawandel und Gerechtigkeit" durchgeführt. Der daraus entstandene Report "Global aber Gerech" zeigt uns, dass die Klima- und Entwicklungskrise nur global und gemeinsam gelöst werden kann. Die Münchner Rückversicherung, deren Stiftung neben Misereor Auftraggeber des Studienprojektes war, zeigt in ihren Statistiken deutlich, dass klimabedingte Naturkatastrophen weltweit zunehmen und insbesondere Todesopfer in den ärmsten Ländern dieser Erde fordern. Zukünftig werden insbesondere die Menschen in den Entwicklungsländern vom fortschreitenden Klimawandel betroffen sein: So werden die Ernteerträge von Getreide in den Tropen und Subtropen stark sinken, während sie in den gemäßigten Breiten aufgrund der längeren Wachstumszeiten

sogar zunehmen könnten. Insbesondere dort, wo schon heute Mangelernährung herrscht, sind massive Ernteinbußen zu erwarten, wie das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, ein weiterer Partner des Projektes, prognostiziert.

Reduktion auf Null notwendig

Selbst wenn die Menschheit sofort aufhörte, fossile Energie zu verbrauchen und Wälder zu roden – der Klimawandel findet bereits jetzt statt und wird sich im nächsten Jahrhundert fortsetzen. Das Ziel der internationalen Klimaschutzpolitik ist schon heute nicht mehr, den Klimawandel zu stoppen, sondern ihn auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Die Wissenschaft geht davon aus, dass unser Klimasystem global zwei Grad durchschnittliche Erwärmung gegenüber vorindustriellem Niveau ertragen kann, ohne dass unumkehrbare Prozesse im Klimasystem in Gang gesetzt werden. Gleichzeitig ist klar, dass auch ein "geringer" Klimawandel um zwei Grad Celsius das Antlitz der Welt verändern wird: So werden sich Klimazonen verschieben; Wüsten breiten sich aus und Berge verlieren ihre Gletscherkuppen. Konkret bedeutet das Zwei-Grad-Ziel, dass die Trendwende im Ausstoß von Treibhausgasen in 12 Jahren erfolgt sein muss und dann eine massive Reduktion auf nahezu Null bis zum Ende des Jahrhunderts notwendig wäre.

Klimaschutz muss für Nord und Süd zum Handlungsprinzip werden

Doch wer müsste mit der Wende beginnen? Dies ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und gleichzeitig die Ursache, warum internationale Verhandlungen immer wieder ins Stocken geraten. Diese Fragen wurden im Projekt insbesondere durch das Institut für Gesellschaftspolitik, dem vierten Projektpartner im Bunde, intensiv analysiert. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn Nord und Süd ihn gemeinsam zum zentralen Handlungsprinzip machen. Wir in den Industrienationen stehen dabei aber in einer besonderen Verantwortung: Durch unsere auf fossile Verbrennung aufbauende Entwicklung haben wir die Atmosphäre bereits so stark mit Treibhausgasen belastet, dass den Entwicklungsländern eine "nachholende" Kopie dieses Entwicklungsweges

6 | Klima Entwicklungspolitik

verbaut ist. Gleichzeitig verfügen wir aber über ausreichend technische und finanzielle Möglichkeiten, um eine Energiewende weltweit einzuleiten und Entwicklungsländer durch Technologie, Wissen und Finanzen zu unterstützen. Dies gilt sowohl für den Klimaschutz wie auch für die Anpassungsleistungen an den nicht mehr abwendbaren Klimawandel.

Report "Global aber Gerecht"

Den drohenden Klimawandel zu stoppen und trotzdem Entwicklung zu ermöglichen, ist nicht nur eine technische und finanzielle Frage, sondern vor allem eine politische und gesellschaftliche Herausforderung. Der Report "Global aber Gerecht" hat den Stand der Klimafolgenforschung, der Klimaökonomie und Politik zusammengeführt und mit einer ethischen Perspektive verbunden. Die dort deutlich gewordenen Herausforderungen wurden sehr intensiv auf den vielen Veranstaltungen in Nord und Süd, auf denen die Ergebnisse der Studie vorgestellt wurden, diskutiert.

Bei Gesprächen mit engagierten haupt- und ehrenamtlichen Kräften in Diözesen und Gemeinden, bei Diskussionen mit Politikern und auf vielen Veranstaltungen wurde immer wieder thematisiert, was jeder Einzelne tun muss und was Politik und Wirtschaft leisten müssen. Deutlich wurde, dass die vor uns liegenden Herausforderungen vor allem durch politische Gestaltung, wie z. B. auf dem Klimagipfel in Durban, vorangetrieben werden müssen. Politische Entscheidungen werden aber schneller vorangetrieben, wenn jeder Einzelne seiner individuellen Verantwortung gerecht wird und somit zur Entstehung neuer Leitbilder beiträgt, die auch gesellschaftspolitischer Hefeteig sein können.

Den Betroffenen eine Stimme geben

Ebenso wichtig ist für Misereor die Unterstützung unserer Partner in den Südkontinenten. Im Rahmen des Projektes wurden insgesamt neun Dialogforen und verschiedene Fallstudien in acht Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durchgeführt. Ziel war es, den Betroffenen des Klimawandels eine Stimme zu geben: nicht nur als Opfer, sondern vielmehr als Menschen, die als Wissensträger agieren und viele eigene Potenziale

für politische und praktische Lösungen entfalten können. Auf den Foren wurden Strategien erarbeitet, wie die Anpassung an den Klimawandel und klimafreundliche Armutsbekämpfung in den jeweiligen Regionen erfolgen kann. Weiterhin organisierte Misereor verschiedene Treffen mit Bischöfen aus allen Kontinenten, um die Frage der Klimapolitik und die Verantwortung der Kirche zu diskutieren und der Stimme der Kirche in Nord und Süd mehr Gewicht zu verleihen.

Auf Basis der Dialogforen entstanden z. B. in Bolivien, Brasilien und im Sahel erste Vernetzungen zwischen verschiedenen Organisationen, um gute Beispiele der Anpassung an den Klimawandel auszutauschen und gemeinsam an die Regierungen heranzutreten, damit genau solche Maßnahmen gefördert werden, die durch die Betroffenen selbst erfolgreich umgesetzt werden.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass jene, die täglich mit den Folgen des Klimawandels kämpfen bzw. Organisationen, die sie dabei unterstützen, bisher keinen Einfluss auf die nationalen und internationalen Verhandlungen und Maßnahmen der Klimapolitik haben. Auf diesen Verhandlungen wird oft über die Armen, aber selten mit ihnen diskutiert. Dieses Partizipationsdefizit wird auch im Report scharf kritisiert. Misereor hat daher bereits anlässlich der Klimaverhandlungen in Mexiko einen ersten Workshop mit Partnern organisiert und u. a. ein Treffen mit Bundesumweltminister Röttgen für unsere Partner ermöglicht. Auch in den bevorstehenden Verhandlungen in Durban wird Misereor gemeinsam mit seinen Partnern auftreten, um sicherzustellen, dass deren Lebensrealität und Forderungen Gehör finden.

Wie diese kurzen Beispiele zeigen, ist mit der Veröffentlichung von "Global aber Gerecht" für Misereor die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel nicht beendet, sondern hat in Nord und Süd an Dynamik gewonnen.

| **Dr. Bernd Bornhorst** |

Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik,
Misereor

Katholikentag Programm

ZuMUTungen

Das Konzil und die kirchliche Glaubwürdigkeitskrise

Vom 16. bis 20. Mai 2012 findet in Mannheim der 98. Deutsche Katholikentag statt. Unter dem Leitwort "Einen neuen Aufbruch wagen" wird er auch des 50. Jahrestages der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils gedenken und nach seiner Bedeutung für die Kirche im Heute fragen.

In unsicheren Zeiten steht Mut hoch im Kurs. Wir sind es gewohnt, Menschen daraufhin zu taxieren, welches Risiko sie eingehen und wie sie es bewältigen. Je größer dabei der Mut, desto stärker ist der Eindruck. Wir bewundern Menschen, die im Leben aufs Ganze gehen wie den Bergsteiger, der Free-Solo die Direttissima der Großen Zinne klettert, oder die Medizinerin, die in Katastrophengebieten Menschen hilft und die dabei ihr eigenes Leben nicht schont. Fehlender Mut wird dagegen kritisch vermerkt und dreister Übermut macht sogar Angst. Das notorische Zaudern der Regierungschefin gilt daher den meisten als Führungsschwäche. Und die deregulierte Tollheit der Finanzmärkte bringt nicht nur einen vor kurzem noch bewunderten Berufsstand in Verruf, sondern ganze Wirtschaftszonen ins Schleudern.

Mutlosigkeit?

Wie steht es mit dem Mut in der Kirche? Für eine stetig wachsende Zahl von Menschen fehlt es an Mut, sich an die Lösung von allseits bekannten Problemen zu machen, die seit Jahrzehnten als dringend erfahren werden. Dabei hilft es wenig, dass die meisten kirchlich Engagierten davon ausgehen, dass auch die Bischöfe von der Überfälligkeit überzeugt sind, auch wenn sie es offiziell nicht zugeben. Diese Menschen mahnen immer lauter eine ehrliche Auseinandersetzung mit den wahren Ursachen der Kirchenkrise an und sie lassen nicht ab, einen Dialog der mutigen Schritte einzufordern. Ein Abwiegeln zögerlicher Nichtzuständigkeit und päpstliche Vorschläge, sich stattdessen als Kirche weiter zu entweltlichen, greifen nicht. Sie verstärken eher den Eindruck, dass es an Mut fehle, bei sich selbst nach den Ursachen der Probleme zu sehen und nicht nur wohlfeil die anderen darin zu verstricken.

Konzil als Gegenprogramm

Es gibt jedoch ein Gegenprogramm, das die Kirche sogar selbst aufgestellt hat. So hat das Zweite Vatikanische Konzil der Kirche zugemutet, über sich hinaus zu wachsen. An dieser Zumutung laboriert sie immer noch, worauf hinzuweisen die notorisch konzilsfeindlichen Piusbrüder nicht müde werden. Sie liegen dabei gar nicht einmal so falsch. Allerdings war das Konzil nicht eine Zumutung, wie es die Piusbrüder gerne gebrandmarkt sähen, vielmehr ist es eine Zumutung. Dieser Wechsel von der Vergangenheit in die Gegenwart macht einen entscheidenden Unterschied. Betrachtet man die Zumutung bloß als vergangene Größe, dann ist es Zeit, sie endlich hinter sich zu lassen, also das Konzil ad acta zu legen. Das ist der Weg derer, die sich von der konziliaren Konfrontation bei den eigenen Schwächen erappt sehen und sich herauswinden wollen. Erfasst man die Zumutung jedoch mit der Gegenwart, dann stiftet das Konzil dazu an, gerade den Fragen von Menschen und just den Problemen der Kirche nicht auszuweichen. Aus der Zumutung wird dann eine Quelle des Mutes.

Katholikentagsprojekt

Auf dem Katholikentag in Mannheim geht es um diesen zweiten Aspekt. Das Hauptpodium "ZuMUTungen des II. Vatikanischen Konzils – Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute" stellt in den Mittelpunkt, welche Ermutigung von Menschen heute ausgeht und wie jetzt die Zumutung des Konzils wirkt. Zeitzeugen und Nachgeborene sind eingeladen, ihre jeweiligen Erfahrungen mit dem Zweiten Vatikanum zu schildern und jenen Wechsel von der Konfrontation in die Ermutigung mitzuteilen, der für sie vom Konzil ausgeht. Das lässt nicht zuletzt das Spektrum der Veränderungen abschätzen, die durch das Konzil zwar angestoßen wurden, denen aber danach wieder ausgewichen wurde. Es fällt schließlich allen in der Kirche schwer, über sich hinauszuwachsen, und das gilt besonders dann, wenn sich Verunsicherung breit macht. Und doch wird der Kirche nicht weniger als das von ihrem eigenen Konzil zugemutet.

8 Katholikentag Programm

Es nimmt schließlich die Katholiken in die Pflicht der Menschheit und Gottes. Es verlangte deshalb von ihnen als Kirche, Zeichen und Werkzeug für deren heilvolle Verbindung zu sein (Lumen gentium 1). Wir sind also genötigt, uns mit nicht weniger als allen Menschen zu befassen, die es nun einmal heute gibt, gleich welche säkularen Schwächen sie haben und sogar jenseits einer Antikirchlichkeit, selbst wenn sie begründet vermutet werden kann. Die Menschen von heute sind vor Gott und dem Evangelium von ihren Stärken her zu gewichtigen, also ihren Freuden und Hoffnungen, Trauer und Ängsten (Gaudium et spes 1). Die natürlich ebenfalls vorhandenen Schwächen sind kein Grund, sich von ihnen abzuwenden; denn Gott ist nun einmal mit ihren Stärken verbunden. Gemäß dem Konzil kann sich deshalb keine Kirche, die Kirche Jesu Christi sein will, auf die beschränken, die keine Zumutung für sie darstellen. Der wehmütige Blick auf die, die der Kirche in der Vergangenheit ohne lauten Protest gefolgt sind, und die Sehnsucht nach der kleinen Zahl, derer die in der Zukunft habituell noch zu dem kirchlich präferierten Milieu passen, genügen für ein Volk Gottes nicht.

Das aber ist schwer, weil die Stärken der anderen, die man sich zumutet, mit den eigenen kirchlichen Schwächen konfrontiert und den fehlenden Mut, über sich hinauszuwachsen, umso schmerzlicher vermissen lassen. Für die katholische Kirche ist das sogar doppelt schwer, weil es ihrem Selbstverständnis als "perfekte Gesellschaft" zuwiderläuft, das sie vor dem Konzil auszeichnete.

Spätestens in den Skandalen des sexuellen Missbrauchs hat sich diese Strategie als Bumerang einer Selbstgerechtigkeit erwiesen, die eine Diktatur der Relativierung der eigenen kirchlichen Fehler und Schuld offenbart. Seither ist die Glaubwürdigkeit der Kirche in der Öffentlichkeit ihrer Zeitgenossen nachhaltig erschüttert. Es zeigt sich ebenso hart wie klar, dass Kirche von Voraussetzungen lebt, die sie gerade nicht selbst garantieren kann, und dass die Geltung der Menschenrechte in ihrem Innern dazu gehört. Aber deshalb wird diese Geltung ihr unausweichlich von außen abgefordert werden.

"Auftreten statt austreten"

Dieser kirchlichen Glaubwürdigkeitskrise stellt sich ein weiteres Hauptpodium, das sich ebenfalls der Ermutigung verschrieben hat. Mit dem Fanal "Auftreten statt austreten – Einstehen für eine glaubwürdige Kirche" wird der Weg zurück in die Glaubwürdigkeit verhandelt. Er wird möglich, wenn und weil sich Menschen in ihr ebenso aufmerksam wie entschlossen mit den Fragen und Sorgen heutiger Menschen solidarisieren. Aus dem Handlungsdruck, der von der Kirchenkrise ausgeht, lassen sich weder ein Kerngeschäft deduzieren, das Kirche unangreifbar machen würde, noch eine Reduzierung überflüssiger Netzwerke induzieren, die ihr Reinheit garantieren würde. Vielmehr birgt gerade der Druck, der Bedeutung der eigenen Botschaft gerade dann nicht auszuweichen, wenn sie selbstverschuldet verdeckt wird, eine Fülle von Überraschungen, die den Mut zum Evangelium anstacheln.

Auch das ist eine konziliare Zumutung, weil das Evangelium jenseits der Zeichen der jeweiligen Zeit nicht wirklich zu verstehen ist. Diese Zeichen aber können von der Kirche nur entdeckt werden; sie kann sie nicht generieren. Denn es handelt sich jeweils um Menschen, die an realen Orten der globalisierten Welt um die Anerkennung ihrer Würde ringen müssen. Wenn Christen sich auf diese Menschen einstellen, werden sie unvermeidbar in Auseinandersetzungen hineingezogen, die von ihnen ein tieferes Verständnis der Botschaft Jesu abverlangen. Das geht nie ohne die Zumutung ab, jene Fehler einzusehen, die man selbst in der Umsetzung dieser Botschaft gemacht hat. Aber diese Zumutung ist eine eigene Form von Souveränität. Sie kommt aus der Ohnmacht, weder Gott noch den Menschen heute ausweichen zu können und in ihnen die Bedeutung wahrzunehmen, die das Evangelium tatsächlich hat. Auch das ist eine Form des Mutes, nämlich die Demut vor der Würde der anderen und der Gegenwart Gottes bei ihnen.

| Prof. Dr. Hans-Joachim Sander |
Dogmatiker an der Universität Salzburg

Die spirituelle Dimension von Raum

Fragte man mich, was der Schöpfer bezweckt habe, als er alle Geschöpfe schuf, ich antwortete: RUHE.

Und wer mich wieder fragte, was alle Geschöpfe in ihrem natürlichen Begehren suchten, ich müsste sagen: RUHE.

Wer mich zum dritten Male fragte, was die Seele in aller ihrer Bewegung suche, ich müsste immer antworten: RUHE. – Alle Geschöpfe suchen RUHE ob sie es selber wissen oder nicht ...

So viel die Seele in Gott ruht, so viel ruht Gott wieder in ihr. Ruht sie zum Teile in ihm, so ruht er in derselben Art in ihr. Ruht sie ganz in ihm, so ruht er wiederum ganz in ihr ...

aus: Meister Eckhart, Predigt 45

Jeder von uns hat schon die Erfahrung gemacht, an einem heißen Sommertag aus dem gleißenden Licht einer pulsierenden, staubigen Stadt in eine Kirche einzutreten, in der es kühl und still ist. Die Atmosphäre ist überwältigend. Man bleibt stehen, vielleicht sinkt man erschöpft auf eine Bank und lässt die Stimmung auf sich wirken. Nur um aus dem Alltag ein Stück auszutreten und andere Gedanken zuzulassen, sich an Gott und die Welt zu erinnern und an sich selbst. Wir alle suchen und verlangen nach einer spirituellen Sinnesempfindung, in diesem Augenblick sind wir offen, sie zu fühlen. Aus dieser Erfahrung heraus unterstützt ein Kirchenraum die Erwartung, so ein Gefühl zuzulassen.

Aber, es ist auch mehr als dieser erste Sinnesreiz, der sich aus Erfahrung und Erwartung schöpft. Es ist die Atmosphäre des Raumes, die Abstrahlung der Raumbegrenzung, das Taktile der Oberfläche, die Materialität, das gerichtete Licht, die Schatten, die starken Kontraste, das Umschlossen-sein im Raum. Zwischen innen und außen gibt es eine große Klarheit, eine scharfe Grenze mit einer Schwelle dazwischen, die auch ein eigenständiger Raum – wie bei einem Narthex – oder auch ein Hof, ein Atrium sein kann. Der Raum ist ein kleines Universum, ganz unabhängig vom architektonischen Charakter, unabhängig vom Baustil und auch unabhängig von der Größe. Hier gibt es eigene Regeln und Gesetze. Der Raum besitzt seinem Zweck entsprechend eine Eindeutigkeit, was nicht unbedingt bedeutet, dass er räumlich einfach zu verstehen ist. Ganz im Gegenteil, ein Kirchenraum kann schlicht und klar sein, aber er kann auch ein komplexes

Gebilde ineinander gewebter Orte sein, die sich erst über den Weg erschließen lassen. Es ist so schön, dass es keine einfache Antwort darauf gibt, was die Qualität eines Raumes ausmacht. Durch eine widersprüchliche Parallelität und eine Gleichzeitigkeit von Verschiedenem werden scheinbare Gewissheiten aufgebrochen. Architektur hat sich in ihrer Gestalt immer auf Haupt- und Nebenwegen entwickelt, und das ist eine Chance, sich auf Neues einzulassen.

Ich bin überzeugt, dass wir Menschen stark auf Kontraste reagieren. Wir brauchen die Enge, um eine Weite erkennen zu können, wir brauchen den erfahrbaren Übertritt von dem einen zum anderen. Damit wird die Schwelle zum Thema, die sich hart als Grenze oder weich als fließender Raum zeigen kann, als Schnittstelle oder als eigenes Element. Wir spüren erst die Enge nach der Weite, auch Helligkeit wird erst im Wechsel mit der Dunkelheit erlebbar. Stille und Klang, Schwere und Leichtigkeit sind gleichberechtigte Elemente für das jeweilige Erleben. Wir brauchen den Ausblick nach draußen und müssen auch nach innen konzentriert werden.

Ausgehend von der Anfangsszenarie scheinen wir immer noch über den Kirchenraum zu sprechen, den Ort, der zur Suche nach unserer Spiritualität einlädt. Aber es ist gleichzeitig eine Suche nach der "inneren Kammer" oder der "inneren Burg", der Teresa von Avila nachging. Wir benutzen die Metapher "Raum", um uns die Seele, unser Innerstes, visualisieren zu können, überhaupt greifbar machen zu können. Wir sind zwar gewohnt von Raum zu sprechen, aber eigentlich lässt sich Raum nicht materialisieren. Ein Nichts wird durch Nicht-Raum, durch Materie erst zum Raum, durch Wände, Decken und Kanten. Masse und Raum sind zwei sich ergänzende Seiten der gleichen Medaille. Raum ist etwas hochabstraktes, an das wir uns so einfach gewöhnt haben. Die Analogie Mensch und Körper, als Behältnis vieler Räume und unendlicher Wege, wurde als Erklärungsmuster und Ordnungsprinzip durch die Architektur- und Kunstgeschichte hindurch mit Architektur in Verbindung gebracht.

Bleiben wir bei der Architektur, die trotz vieler Gebäude, trotz allem was uns umgibt, als Baukunst so selten ist und doch immer wieder angestrebt wird. Bleiben wir beim Kirchenraum, aber nur weil es einfach so ein wun-

derbares Beispiel ist, bei dem alle Aspekte von Architektur in konzentrierter und in überhöhter Form vorkommen: die städtebauliche Dimension, die Wechselwirkung zwischen Stadtstruktur und Bauwerk, die Zeichenhaftigkeit, die Hülle, der Eingang, die Schwelle, der Weg im Raum, das Licht als tragendes Element für den Raum, die Materialität der Raumbegrenzung, die Details, die Atmosphäre und der architektonische Charakter, bestimmt für die Aufgabe. Die große Herausforderung beim Kirchenbau für eine Stadt in dieser Zeit ist es, einen neuen Ausdruck von Kirche finden zu können, trotz der starken Tradition und auf Basis der starken Tradition. Denn ein Festgelegtsein, wie etwas auszusehen hat und sich dabei auf die Tradition zu berufen, kommt einer Strangulierung des kreativen Geistes gleich. Deswegen gibt es glücklicherweise, neben den vielen blutleeren Repliken von historisierenden Kirchenräumen des 19./20. Jahrhunderts und den lauten, überzogenen Gegenreaktionen, auch herausragende architektonische Beispiele, deren bauliche Neuinterpretation vielleicht auch eine Reflexion des Glaubens bedeuten könnte. In jedem Falle sind sie ein Gewinn für eine neue architektonische Erfahrung.

Weniger dramatisch, weniger überhöht und weniger belastet mit einem gewichtigen Thema stellen sich bei jeder Bauaufgabe genau diese Fragen, auf die eine architektonische Antwort gefunden werden muss. Eine Schule beispielsweise ist natürlich keine Kirche, nur dass die gestalterische Umsetzung der Aufgabe angemessen wirksam werden muss. Sie haben eine Relevanz für die innere Gestalt und die äußere Wirkung eines Gebäudes. Das macht Architektur aus, und das ist nicht nur einer Kirche vorbehalten, wenn wir Architektur nicht als ein materialisiertes Funktionsdiagramm missverstehen wollen.

Das Neue im Bekannten zu finden, eine Einmaligkeit zu erzeugen, kann für jedes Gebäude einen Hauch von Spiritualität bewirken. Sicher ganz leise, manchmal so leise das es niemand spürt, vielleicht selbst der Architekt nicht. Vielleicht ist die Begrifflichkeit von Spiritualität hier überstrapaziert, aber jedes architektonische Projekt braucht Charakter und ein Gefühl für Raum. Viele Ideen und Komponenten braucht es, um genau das zu erreichen.

Der herausragende Architekt, braucht wie der Künstler generell, auch einen "avantgardistischen Spürsinn fürs Relevante", eine Fähigkeit, die Jürgen Habermas den Intellektuellen zuschreibt. Die eigentliche Herausforderung ist die Gratwanderung, wie das Relevante mit Spürsinn in Architektur, in Raum und Körper, in Material und Detail umgesetzt wird.

Die Fähigkeit des Architekten zeigt sich darin, ein Programm zu studieren, die Bedürfnisse der Auftraggeber ernst zu nehmen, diese mit der Distanz des Außenstehenden neu zu lesen und zu verstehen, versteckte Qualitäten eines Ortes aufspüren, um dafür einen eigenen architektonischen Ausdruck zu finden. Ein Ausdruck, der auf den Ort zugeschnitten ist und nur dort seine Wirkung entfalten kann. Dem verschreckten Zeitgenossen empfiehlt Sir Simon Rattle, Dirigent der Berliner Philharmoniker, ein mehrfaches Hören, um den Schrecken des Neuartigen zu überwinden. Die Architektur darf Erstaunen und auch Befremden hervorrufen, sie soll überraschende, vielleicht nicht sofort durchschaubare Konstellationen erzeugen und die stilistischen und intellektuellen Herausforderungen ihrer Zeit annehmen. Im besten Falle ist es genau dieser räumliche Ausdruck, der es den Menschen ermöglicht, der eigenen inneren Kammer näher zu kommen.

Dem diesjährigen Nobelpreisträger für Literatur, Thomas Tranströmer, wird nachgesagt, er entziehe die Sprache der Nutzbarkeit. Die Architektur muss immer nutzbar sein, aber eben nicht nur, sie hat im besten Falle eine spirituelle Wirkung auf uns.

Der Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken im Bereich Architektur hat diesmal einen Architekten gefunden, der diesen hohen Anspruch mit seiner Architektur auf das Beste bedient. Seine Architektur zeigt so eindringlich und überzeugend, dass eine spirituelle Dimension sich nicht ausschließlich auf einen Kirchenraum beschränkt, sondern auch andere Themen in der Architektur findet. Es ist programmunabhängig. Und es ist berührend.

| Prof. Hilde Léon
Architektin |

Für mehr Vertrauen und Verantwortung in Europa

Die Eurokrise als Chance nutzen

Die gegenwärtige Eurokrise muss als Chance genutzt werden, den europäischen Gemeinschaftsgedanken nach innen und außen zu bekräftigen und die Integration weiter zu vertiefen. Dazu gehört die Besinnung auf die gemeinsamen europäischen Wurzeln und eine Stärkung des Bewusstseins für die Vorteile, die Gemeinschaft und die gemeinsame Währung hervorgebracht haben und immer noch hervorbringen.

Unsere europäische Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen. Seit mehr als 18 Monaten rettet sich die europäische Politik von einem Krisengipfel zum nächsten Treffen, hangelt sich Griechenland von einem Rettungspaket zur nächsten Kredittranche und regiert die deutsche Politik von einer Wahl zum nächsten Stimmungstest. Ein Ende dieser Überbrückungstaktik ist notwendig, damit das Fundament der Europäischen Union – der Gemeinschaftsgedanke – nicht weiter aufweicht. Denn bereits jetzt hat das Vertrauen in die Solidarität und Eigenverantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten und in die europäische Überzeugung der Politik in Europa stark gelitten. Bereits am Anfang der Europäischen Union stand der Gemeinschaftsgedanke. Schon zur Gründung der Montanunion, der Beginn des europäischen Gemeinschaftsprojektes, sah man in der gemeinsamen Verfolgung wirtschaftlicher Interessen die Möglichkeit, Frieden zu erhalten und den Lebensstandard zu heben.

Verantwortung und Vertrauen

Heute, 61 Jahre nach der Veröffentlichung des Schuman-Plans, wissen wir, dass wir von der fortlaufenden Integration und Erweiterung sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich profitiert haben. Frieden, Freiheit, Freizügigkeit und Wohlstand wären ohne die Europäische Union in diesem Maße nicht denkbar. Der Gemeinschaftsgedanke, der in der Union tief verankert ist, setzte aber von Anfang an zwei Dinge voraus: Verantwortung und Vertrau-

en. Die Mitgliedsstaaten versprachen Solidarität für die Gemeinschaft bei gleichzeitiger Eigenverantwortung. Umgekehrt vertrauten die Bürger in die Eigenverantwortung und die Solidarität eines jeden Mitgliedsstaates.

Aufweichung des Verantwortungsgedankens

Die Staatsschuldenkrise, wie wir sie derzeit erleben, ist in erster Linie eine Vertrauenskrise. Sie begann mit der Aufweichung der Maastrichtkriterien, die den Verantwortungsgedanken, der in der Europäischen Union und noch viel mehr in der Währungsunion von Anfang an angelegt war, zugunsten einer lockeren Schuldenpolitik in den Hintergrund treten ließ. Darüber hinaus erforderte die Finanz- und Wirtschaftskrise zahlreiche Konjunkturprogramme, die die bereits angeschlagenen Staatshaushalte weiter belasteten. Eine gleichzeitige Einführung einer Schuldenbremse, wie es Deutschland 2009 getan hatte, und wie sie an den Kapitalmärkten für Vertrauen gesorgt hätte, nehmen viele Länder erst jetzt vor.

Verantwortungskrise wird zur Vertrauenskrise

Der hohe Verschuldungsgrad, gepaart mit fehlender Eigenverantwortung und Verantwortung für die Währungsgemeinschaft insgesamt, erschütterte oder zerstörte gar das Vertrauen der Investoren in die Bonität einzelner Länder und die Eurozone insgesamt. Aus der Verantwortungskrise wurde eine Vertrauenskrise. Dass darüber hinaus aus dem Misstrauen in die Bonität einzelner Eurostaaten ein Misstrauen in die Eurozone insgesamt erwachsen würde, wurde von der Politik zu spät erkannt. Die zahlreichen Rettungsprogramme konnten zwar die Zahlungsfähigkeit der Eurostaaten erhalten, sie übersahen aber die Größe des Vertrauensverlustes, auch wenn die einzelnen Staaten und ihre Haushaltspolitik in die Verantwortung genommen wurden. Statt gemeinschaftlich zu handeln, wurde national gedacht. Nicht nur Investoren und Anleger waren durch die Politik verunsichert, sondern nun auch die europäischen Bürger und Bürgerinnen. Aus der Vertrauenskrise nach außen wurde eine Vertrauenskrise nach innen.

Unsicherheit verstärkt Spekulationen an Finanzmärkten

Die Unsicherheit über die Nachhaltigkeit der Haushalts-

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen KatholikenZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

politik einzelner Staaten aber auch über den politischen Willen und die Handlungsfähigkeit der Politik insgesamt verstärkte die Spekulationen an den Märkten. Denn Grundlage der Spekulation ist die Unsicherheit – das gilt sowohl am Kapitalmarkt als auch in der Politik oder der Wirtschaft. Um Spekulationen zu verhindern oder ihnen entgegenzuwirken, muss Unsicherheit deshalb vermieden bzw. beseitigt werden. Dazu zählt die Unsicherheit über die Bonität der Eurostaaten genauso wie die Unsicherheit über den Willen der anderen europäischen Staaten, für den europäischen Gemeinschaftsgedanken einzustehen.

Vertrauen wiederherstellen

Für die Politik muss es deshalb heißen, Vertrauen herzustellen. Dazu sind mehrere Schritte notwendig. Erstens: Wir müssen uns auf unsere europäischen Wurzeln besinnen und uns unserer Vorteile, die wir durch die Gemeinschaft und die gemeinsame Währung erhalten haben, bewusst werden. Unser gemeinsames Europa darf nicht auf die Schuldenkrise einzelner Staaten reduziert werden. Zweitens: Um die Lage an den Finanzmärkten zu beruhigen, muss die Politik Vertrauen nach außen schaffen. Dafür muss sie die richtigen Maßnahmen ergreifen, um kurzfristig die Lage zu stabilisieren und langfristig für nachhaltige Haushalts- und Wirtschaftspolitik in Europa zu sorgen. Auf kurze Sicht müssen daher die derzeitigen Instrumente – European Financial Stability Facility (EFSF), European Stability Mechanism (ESM) und Target – gestärkt und mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet

werden. Dazu zählt auch, dass nicht nur im Parlament, sondern auch in der Bevölkerung für breite Zustimmung geworben wird.

Mittel- und langfristig müssen dann Mechanismen wie die Schuldenbremse genauso wie verschärfte und durchsetzbare Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Glaubwürdigkeit erzeugen. Hier gilt es, den Verantwortungsgedanken in allen Staaten zu betonen und keine Aufweichungen der Stabilitätskriterien zuzulassen. Eine Vergemeinschaftung der Schulden ist dabei keine Lösung. Solange wir den einzelnen Mitgliedsstaaten und uns selbst die Eigenverantwortung für die eigene Haushalts- und Finanzpolitik nicht absprechen wollen, ist die Vergemeinschaftung keine Antwort auf die derzeitige Krise. Denn gemeinsame Eurobonds, wie sie derzeit diskutiert werden, sind lediglich ein Mittel zur günstigeren Finanzierung, aber nicht zur Haushaltsdisziplin. Deshalb ist die Einführung solcher Finanzierungsinstrumente kaum ein glaubhaftes Mittel, um die Schuldenprobleme der einzelnen Länder nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Integration vertiefen

Die europäische Gemeinschaft befindet sich in einer Krise. Dabei ist es nicht allein die Staatsfinanzkrise, die das Fundament der Europäischen Union und der Währungsgemeinschaft bildet, seit einiger Zeit erschüttert. Vielmehr ist es die Vertrauenskrise, die sowohl die Haushaltspolitik einiger Eurostaaten als auch den politischen Willen und die Handlungsfähigkeit der europäischen Politik in Frage stellt. Noch nie stand die europäische Gemeinschaft vor einer solchen Herausforderung. Und noch nie bot sich eine solche Chance, den europäischen Gemeinschaftsgedanken nach innen und außen zu bekräftigen und die Integration weiter zu vertiefen.

| **Dr. Hans Reckers** |

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 BonnTel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.deHerausgeber
Dr. Stefan Vesper GeneralsekretärRedaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch
auf unserer Internetseite: www.zdk.de/salzkoeerner